

# Ostland

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e. V.

Nr. 14

Berlin, den 15. Juli 1937

16. Jahrgang

## England im Baltikum

Es ist das Ziel jeder britischen Ostseepolitik, zu verhindern, daß einer der Anliegerstaaten der Ostsee zu einer Vormachtstellung in diesem Raume gelangt, also einen machtpolitischen Gleichgewichtsstand zu erhalten, der England den ungehinderten Zutritt zur Ostsee verbürgt. Deshalb wird die britische Politik in der Ostsee im Prinzip immer gegen denjenigen der Anliegerstaaten eingestellt sein, der in diesem Raume die Führung besitzt oder doch die meiste Aussicht hat, sie zu erlangen. Das aber ist nach der Zurückdrängung Rußlands von der baltischen Küste und seit dem Beginn der Wiederaufstellung zweifellos Deutschland. Die deutsche Außenpolitik hat also in allen Fragen, die die Ostsee betreffen, damit zu rechnen, daß sie auf das offene oder versteckte Gegenspiel der britischen Außenpolitik stößt. Dabei ist zu beachten, daß England die Jahre der politischen Schwäche des Reiches und die durch die territorialen Verschiebungen der Nachkriegszeit hervorgerufene Desorientierung des Handels im Ostseeraum zur Festigung seiner eigenen Position in diesem Raume ausgenutzt hat. Es hat zwar die kurz nach dem Kriege begonnene politisch-militärische Einflußnahme (die u. a. darin zum Ausdruck kam, daß es sich durch die Stellung des Völkerbunds-Kommissars in Danzig einen Stützpunkt zu schaffen und durch die Entsendung von Kriegsschiffen die Ereignisse im Baltikum zu dirigieren versuchte) bald wieder verlassen. Dafür aber hat es sich gegenüber sämtlichen mittleren und kleineren Anliegerstaaten der Ostsee einen mehr oder weniger beherrschenden handelspolitischen Einfluß zu sichern gewußt. Und von der handelspolitischen Seite her ist England auch eine gewisse Beeinflussung der politischen Ideologie dieser Staaten gelungen.

In den Berechnungen der britischen Ostseepolitik spielen die drei Randstaaten Litauen, Lettland und Estland eine besondere Rolle. Es läßt sich darüber streiten, ob und wie weit das Ziel des Rigaer Paktes, diese drei Staaten zu einer gemeinsamen politischen Sprache zu bringen, bisher praktisch erreicht worden ist. Auf den von Zeit zu Zeit stattfindenden Konferenzen der baltischen Außenminister wird zwar immer wieder von neuem bestätigt, daß die Zusammenarbeit erfreuliche Fortschritte mache und daß eine völlige Übereinstimmung in allen besprochenen Fragen erzielt worden sei; es trifft auch zu, daß die verschiedensten Organisationen und Bünde aus den drei Staaten mehr oder weniger enge Beziehungen untereinander angeknüpft haben; und es ist schließlich auch richtig, daß die drei Staaten im Völkerbundsrat eine gemeinsame Vertretung besitzen. Es läßt sich aber auch nicht bestreiten, daß gewisse Unterschiede in der außenpolitischen Orientierung vorhanden sind, die so grundsätzlicher Natur zu sein scheinen, daß die „Baltische Entente“ schwerlich die Belastungsprobe eines Ernstfalles aushalten würde. Litauen hat in Memel und Wilna nach wie vor seine „speziellen Probleme“, derenwegen es dazu neigt, mit der Sowjetunion zu sympathisieren, und aus denen sich die beiden anderen Partner des Rigaer Paktes nach Möglichkeit herauszuhalten versuchen. Demgegenüber erkennt Estland in der Sowjetunion seinen einzig möglichen Feind und hat keinen Anlaß, sich die Befürchtungen, die Litauen gegenüber Deutschland und Polen hegt, zu eigen zu machen. Und Lettland schließlich schaukelt in einer Weise zwischen den außen-

politischen Extremen herum, daß es bald den einen und bald den anderen seiner Partner in Unruhe und Verlegenheit stürzt.

Wie die baltische Reise des Unterstaatssekretärs im Foreign Office, Lord Plymouth, beweist, ist die britische Außenpolitik an dem Fortbestehen und der Festigung der Zusammenarbeit zwischen den Randstaaten stark interessiert. Und auf Seiten dieser Staaten ist die Neigung, der britischen Leitung zu folgen, zweifelsohne vorhanden. Einmal wegen der zum Teil weitgehenden handelspolitischen Abhängigkeit vom englischen Markt. Dann aber auch aus politischen Gründen. Die drei Staaten sehen wohl ein, daß für sie die Anlehnung an eine der europäischen Großmächte eine Notwendigkeit ist. Daß ihnen England dabei als der geeignetste Stützpunkt erscheint, erklärt sich aus der Furcht, die jeder dieser Staaten vor seinem nächsten Nachbarn empfindet. England ist offenbar die einzige an den Fragen der Ostsee interessierte europäische Großmacht, der gegenüber die drei Randstaaten eine einigermaßen gleichgerichtete Einstellung haben. Einmal weil es weit genug entfernt ist, um über den Verdacht territorialer Ansprüche erhaben zu sein, dann aber auch, weil es seit einiger Zeit außenpolitische Grundgedanken vertritt, die sich mit denen der drei Randstaaten weitgehend decken. Diese Staaten sehen in England die Macht, die das Ziel verfolgt, die kleineren Staaten in neutralen Blocks zu organisieren, ein Ziel, das ihrer Meinung nach der Absicht des Rigaer Paktes von 1934 entspricht; und sie sehen in England die Macht, die an der „Idee“ des Völkerbundes festhält, einer Institution, in deren Fortbestand sie immer noch glauben, eine Garantie für die Sicherheit ihres eigenen Daseins erblickten zu dürfen, und von deren Plattform aus sie hoffen, ein Wort in der großen Politik mitsprechen können. Schließlich erstreckt sich die englische Orientierung der Randstaaten auch auf das Gebiet der Kulturpolitik, auf dem diese Staaten mehr oder weniger kampfshafte Bemühungen machen, sich von ihrer deutschen Vergangenheit zu befreien.

Wie sich die britische Außenpolitik für die Zusammenarbeit zwischen den Randstaaten interessiert, so begünstigt sie auch die Blockbildung der skandinavischen Staaten. Sie verfolgt im wesentlichen dasselbe Ziel, mit dem sich Polen schon mehrfach vergeblich abgemüht hat. Um auf die nordischen Staaten Einfluß zu nehmen, ist Polen zu schwach; es kann dort allenfalls die britische Politik unterstützen. Und auf dem Wege ins Baltikum ist Polen stets am litauischen Haken hängen geblieben; es hat auch hier der britischen Politik den Vortrang einräumen müssen. Es läßt sich schwer sagen, ob es für Polen ein Trost oder eine Enttäuschung ist, daß nun ein anderer Staat die Pläne, die es selber nicht hat durchführen können, weiterzuspinnen versucht. Im Grunde scheint im Foreign Office die Meinung zu herrschen, daß die polnischen Aufgaben nicht auf dem Meere, sondern anderstwo liegen.

Dr. R.

## Die „gute Behandlung“ der Deutschen

Es ist vor drei Jahren, kurz nach dem Abschluß des Gewaltverzichtspaktes mit Polen, eine in der deutschen Öffentlichkeit ziemlich weit verbreitete Meinung gewesen, daß dieser Pakt den polnischen Partner nicht nur zu einer Normalisierung seiner Beziehungen zum Deutschen Reiche, sondern auch zu einer Milderung des auf der deutschen Volksguppe Polens lastenden Druckes veranlassen werde. Daß damals, in den Glitterwunden des Paktes, eine solche Meinung hat Platz greifen können, ist vielleicht noch verständlich. Inzwischen aber hat sich die Lage des Deutschturns in Polen in einer Weise verschärft, daß sich das Beharren auf einer solchen Meinung nicht mehr mit jener politischen Ahnungslosigkeit entschuldigen läßt, die nicht zu begreifen vermag, daß die Lage Polens am Rande Europas nicht nur eine geographische Angelegenheit ist. Es liegen polnische Äußerungen darüber vor, daß der Gewaltverzichtspakt mit Deutschland für Polen dann seinen eigentlichen Zweck erfüllt haben wird, wenn im Augenblick des Außerkrafttretens dieses Paktes die deutsche Volksguppe in Polen, die heute noch 1,2 Millionen Seelen zählt, bis auf politisch belanglose Reste verschwunden sein wird. Und Tatsache ist auch, daß der polnische Staat der



Ein Zeugnis der polnischen „Vollstumsarbeit“.

Die Aufschrift dieses Plakates, das im Rahmen einer der letzten Propagandakampagnen des polnischen Widerstands öffentlich ausgehängt wurde, lautet in deutscher Übersetzung wie folgt: „Schwanz! Kaufe nicht beim Deutschen und Juden! Wenn Du unserer Aufforderung nicht nachkommst, wird Dich verfolgen dieser Volk“ (bildl. dargestellt).

ist die Tragik der deutschen Schule in Polen, daß sich ihr Schicksal zum guten Teil nicht in den deutschen Elternhäusern, sondern vor den Schaltern der polnischen Arbeitsämter entscheidet. Wenn für das kommende Schuljahr in Ostoberschlesien nur noch 5,5 v. H. der Gesamtzahl der Volksschüler in die Schulen mit deutscher Unterrichtssprache eingeschult worden sind, dann ist das keineswegs ein Beweis für den Fortgang einer „natürlichen Polonisierung“, sondern das Ergebnis einer Arbeitsmarktpolitik, die u. a. dazu geführt hat, daß in Ostoberschlesien über 80 v. H. der Angehörigen der deutschen Volksgruppe arbeitslos sind, und die Anlaß zu der Bemerkung gegeben hat, daß das Zeugnis einer deutschen Schule in Polen so gut wie ein Garantieschein für dauernde Arbeitslosigkeit ist.

Aber es genügt dem polnischen Staate nicht, daß in Ostoberschlesien, dem Hauptherde des schleichenden volkspolitischen „Bürgerkrieges“, kaum einer der schulentlassenen deutschen Jungen noch Aussicht hat, in der Industrie einen Arbeitsplatz zu erhalten oder im Handwerk einen Beruf zu erlernen. Es genügt ihm auch nicht, daß die Kräfte mehrerer tausend nachgeborener deutscher Bauernsöhne in Posen und Pommerellen brachliegen müssen, weil das dem deutschen Großgrundbesitz weggenommene Land ausschließlich an polnische, und zwar zum großen Teil an landfremde Elemente aufgeteilt wird. Und es genügt ihm auch nicht, daß in Kongreßpolen nahezu die gesamte deutsche Jugend ohne volkreigenen Unterricht ist. Hinzu kommt noch ein konsequent durchgeführtes System der organisatorischen Zersplitterung und der weltanschaulichen Isolation. Es gibt keinen Gesamtverband der deutschen

deutschen Volksgruppe das Recht auf die Pflege der weltanschaulichen Gemeinschaft mit dem Mutterlande bestreitet. Es ist, wie der „Dziennik Późnanski“ erst kürzlich wieder festgestellt hat, niemandem in Polen erlaubt, „sich im Namen fremder Losungen der natürlichen Polonisierung entgegenzustellen“. Und das Königer Gericht hat in der Begründung des Urteils, das es am 7. Juli d. J. gegen 22 Angehörige der deutschen Volksgruppe gefällt hat, ausdrücklich bestätigt, daß der polnische Staat es nicht wünscht, „daß sich auf seinem Gebiete die nationalsozialistische Weltanschauung verbreitet“.

Es ist nach der weitgehenden Vernichtung des deutschen Besitzes in Polen ein bemerkenswertes Kennzeichen der polnischen Minderheitenpolitik, daß sich deren Angriffe in immer schärferem Maße gegen die Jugend der deutschen Volksgruppe richten. Ein Deutscher, der keine Kinder hat, ist für die polnische Minderheitenpolitik kein allzu ernstes Problem. Der nationalpolitische Druck, dem ein Angehöriger der deutschen Volksgruppe in Polen ausgesetzt ist, ist um so schärfer, je zahlreicher seine Familie ist. Und es

Jugend in Polen. Es ist den örtlichen Jugendverbänden, selbst innerhalb der einzelnen Wojewodschaften, verboten, in organisatorische Verbindung mit einander zu treten. Am 8. Juni d. J. ist der Antrag auf Genehmigung einer einheitlichen deutschen Jugendorganisation für die Wojewodschaft Schlesien von den polnischen Behörden zum dritten Mal abgelehnt worden. Häufig kommt es aber auch vor, daß selbst der Antrag auf Genehmigung eines örtlichen deutschen Jugendverbandes abgelehnt wird. Es kommt noch hinzu, daß sogar in den Fällen, in denen wegen des Fehlens deutscher Jugendverbände andere Organisationen der deutschen Volksgruppe sich der Jugend anzunehmen versuchen, die polnischen Behörden Schwierigkeiten bereiten. Das ist so bei den Elternvereinen der deutschen Minderheitsschulen, deren Bestrebungen auf den Widerstand der polnischen Schulleiter stoßen. Das ist so beim Deutschen Volksbund in Ostoberschlesien, dessen Jugendbetreuung durch die Schließung der von ihm unterhaltenen Heime weitgehend lahmgelegt worden ist, uff.

Im Laufe der letzten Monate haben polnische Gerichte über 100 deutsche Jungen und Mädchen wegen „Geheimbündelei“ und „politischer Schulung“ zu insgesamt 874 Monaten Gefängnis verurteilt. Wenn sich nach den Prozessen von Larnowisch und Konig selbst einige polnische Blätter, wie etwa die „Polska Brojna“, dahin geäußert haben, daß die den deutschen Jungen und Mädchen auferlegten Strafen unbegründet erscheinen, so ist es wohl nicht zu viel behauptet, daß es sich bei diesen Prozessen überhaupt nicht um die Frage gehandelt hat, ob die Angeklagten schuldig gewesen sind oder nicht. Es hat sich vielmehr um nichts anderes als um den Ausdruck des politischen Willens des polnischen Staates gehandelt, welcher es nicht dulden will, „daß sich auf seinem Gebiete die nationalsozialistische Weltanschauung verbreitet“, und dessen Unduldsamkeit sich mit besonderer Schärfe gegen die Jugend der deutschen Volksgruppe richtet, die verständlicherweise am stärksten nach der weltanschaulichen Verbundenheit mit dem Mutterland drängt und ihrem Mitleben der weltumspannenden deutschen Gemeinschaft naturgemäß in kameradschaftlicher Zusammenarbeit Ausdruck zu geben versucht.

Es sei hier darauf verzichtet, eine Staatsraison näher zu charakterisieren, die ihren Repräsentanten gebietet, aus einer arbeitstüchtigen und vollstrenuen „Minderheit“ einen Haufen polonisierten Proleten zu machen. Es ist aber notwendig, aus dem Verhalten des polnischen Staates gegenüber der deutschen Jugend seines Machtbereiches gewisse Folgerungen zu ziehen: Es versteht sich von selbst, daß die Bewertung, die einem Staate gebührt, der (wie der polnische) einer in seinen Grenzen lebenden Volksgruppe das Recht auf physische Existenz und auf volksbewußte Erziehung verweigert, auch auf die im Ausland lebenden Teile des diesen Staat tragenden Volkes zurückfallen muß. Und es muß auch festgestellt werden, daß die Sprecher eines Staates, der (wie der polnische) die in seinen Grenzen lebende deutsche Volksgruppe vor die Alternative stellt, entweder das Land zu verlassen oder sich „freiwillig zu polonisieren“, nicht legitimiert sind, ein maßgebliches Urteil über die Volkgruppenpolitik des Dritten Reiches zu fällen. Dr. K.

## Auslandskapital in der polnischen Industrie

Alljährlich werden in Polen durch das Warschauer Industrie- und Handelsministerium gelegentlich der Prüfung der allgemeinen Geschäftslage der Aktienunternehmen (mit Ausnahme der Banken und Versicherungsgesellschaften) substanzielle Angaben über die Höhe der ausländischen Beteiligungen am Aktienbesitz der einzelnen Gesellschaften angefordert. Mit Rücksicht auf die Freizügigkeit im Abschluß von Aktientransaktionen und den sich daraus ergebenden ständigen Bewegungen des Aktienbesitzes war man in Polen geneigt anzunehmen, daß auch fortlaufend größere Verschiebungen im ausländischen Kapitalanteil stattfinden. Die seit einer Reihe von Jahren regelmäßig von amtlicher polnischer Seite aufbereiteten Materialien haben indessen gezeigt, daß diese Annahme nicht zu Recht besteht, sondern daß das Auslandskapital in den Aktiengesellschaften Polens vielmehr eine ziemlich beständige Tendenz und Interesse an bestimmten Zweigen der polnischen Wirtschaft

aufzeigt. Das Interesse beschränkt sich dabei auf eine verhältnismäßig geringe Zahl kapitalstärkiger Aktienunternehmen, in denen das fremde Kapital durch die vorhandenen Aktienmehrheit auch eine entscheidende Stimme besitzt. So verteilt sich die Gesamtsumme der ausländischen Beteiligungen in Höhe von 1,46 Milliarden Zloty (etwa 0,8 Milliarden RM.) nur auf 485 von den insgesamt vorhandenen 1412 polnischen Aktiengesellschaften, wobei allein 88 v. H. der Summe auf 319 Unternehmen entfallen, in denen mehr als die Hälfte des Aktienkapitals im ausländischen Besitz ist; in weiteren 81 Gesellschaften beträgt der fremde Anteil 25 bis 50 v. H. und in 86 Gesellschaften weniger als 25 v. H.

Wie unbedeutend im allgemeinen die Bewegungen der fremden Beteiligungen an den Aktienunternehmen der einzelnen Wirtschaftszweige bzw. -gruppen innerhalb der letzten sechs Jahre ist, erhellt aus nachstehender Uebersicht (in Millionen Zloty):

	1. Januar 1937			1. Januar 1931		
	Zahl der Gef.	Aktien- kapital	Auslands- anteil in %	Zahl der Gef.	Aktien- kapital	Auslands- anteil in %
Zapfleinindustrie . . . . .	54	280,9	87,5	35	233,9	83,2
Bergbau u. Hüttenwesen . . . . .	49	868,1	55,6	50	907,8	74,7
Metallindustrie . . . . .	182	301,5	24,5	148	243,4	28,1
Elektroindustrie . . . . .	39	115,2	36,1	36	86,2	48,2
Chemische Industrie . . . . .	24	223,3	88,0	21	163,5	74,0
Mineralindustrie . . . . .	77	111,2	30,5	79	110,8	28,5
Chemische Industrie . . . . .	123	309,8	48,2	119	221,3	43,1
Gewerbeindustrie . . . . .	94	80,9	44,2	90	51,6	15,9
Papierindustrie . . . . .	31	83,7	28,7	29	88,2	34,9
Graphische Industrie . . . . .	45	35,2	4,9	46	26,9	3,5
Textilindustrie . . . . .	182	541,5	28,6	151	523,8	23,1
Konfektion . . . . .	22	16,6	2,7	25	18,1	6,3
Lebensmittelindustrie . . . . .	28	18,7	38,8	37	17,09	8,7
Lebensmittelindustrie . . . . .	146	166,1	17,2	197	208,5	12,0
Nahrungsmittelindustrie . . . . .	87	176,2	4,6			
Landwirtschaftl. Industrie . . . . .	11	8,7	10,7	10	8,8	—
Zugindustrie . . . . .	71	34,6	22,2	60	29,0	12,1
Gesteine . . . . .	21	22,8	—	21	22,53	—
Theaterwesen . . . . .	9	3,7	13,6	7	3,12	4,8
Transport u. Verkehr . . . . .	73	209,0	28,4	66	209,4	25,3
Verdienstberufe . . . . .	8	8,7	26,2	6	1,9	8,4
Sonstige . . . . .	148	71,0	29,2	141	60,7	14,8

Auch die Veränderungen der Auslandsbeteiligungen am Gesamtkapital der Aktienunternehmen sind nur gering. In der Zeit von 1931 bis 1934 wächst der Anteil von 44,8 v. H. auf 47,2 v. H. und ermäßigt sich bis Ende 1935 auf 46,3 v. H. und bis Ende 1936 auf 42,4 v. H. Der stärkere Abgang von 1935 auf 1936 wurde in erster Linie verursacht durch Uebernahme der deutschen Aktienmehrheit des ostoberschlesischen Schwerindustriekonzerns „Interessengemeinschaft“ (Katowitzer A. G. für Bergbau- und Hüttenbetrieb — Vereinigte Königs- und Laurahütte) in polnischen Besitz (Aktienkapital insgesamt: 184,3 Millionen Zloty). Infolgedessen fiel der Hundertsatz in der Gruppe Bergbau und Hüttenwesen am stärksten, und zwar von 73,9 v. H. am 1. Januar 1936 auf 53,6 v. H. zum gleichen Zeitpunkt 1937. Von weiteren bedeutenden Kapitalverschiebungen sind zu erwähnen: der Auskauf der Aktienmehrheit der „Byardower Textilwerke“ im Lodzer Bezirk aus den Händen französischer Kapitalisten durch den polnischen Staat, und der Uebergang des Vermögens des Warschauer Elektrizitätswerkes auf die Stadt Warschau aus den Händen der früheren Konzessionärin, einer französischen Elektrizitätsgesellschaft, der durch Gerichts Urteil vom 25. Mai 1936 wegen unlauterer Geschäftsgebarung (Bilanzverschleierung, Steuerhinterziehung usw.) ein Anspruch auf Entschädigung abgesprochen wurde. Der Auslandsanteil am Gesamtkapital ist u. a. in der Elektro-, Textil-, Mineral-, Holz-, Bau- und graphischen Industrie gestiegen, im Bergbau und Hütten-

Mit dem Ablauf der Genfer Konvention für Oberschlesien am 15. Juli beginnt ein neuer Abschnitt in der Geschichte dieses vor 15 Jahren, in einer Zeit der deutschen Ohnmacht, zum Teil vom Mutterlande losgetrennten Gebietes. Ueber die vertragliche Neuregelung gewisser wirtschafts- und verkehrspolitischer Fragen wird in Nr. 15 des „Dstand“ berichtet.

betrieb, in der Metall-, Papier-, Leder-, Zucker- und chemischen Industrie sowie im Transportgewerbe gesunken. Nach der offiziellen „Polka Gospodarcza“ ergibt sich hinsichtlich der Höhe des Beteiligungsgrades des fremden Kapitals in der polnischen Industrie folgende Reihenordnung (in v. H.):

	1. Januar 1937	1. Januar 1936
Erdbindustrie . . . . .	87,5	88,2
Elektrizitätswirtschaft (Stromwerke) . . . . .	85,0	79,8
Elektrotechnische Industrie . . . . .	86,1	84,0
Bergbau u. Hüttenwesen . . . . .	63,6	73,9
Chemische Industrie . . . . .	48,2	51,0

Infolge der bereits erwähnten Aktientransaktion bei der „Interessengemeinschaft“ Rattowitz ist die Gruppe Bergbau und Hüttenwesen von der dritten auf die vierte Stelle gerückt.

Wenn man die Auslandsbeteiligung an den Aktiengesellschaften Polens nach der Herkunft des Kapitals untersucht, so zeigt sich, daß lediglich deutsches und amerikanisches Kapital eine rückläufige Tendenz aufweisen, während sich die Beteiligungen der übrigen Länder erhöht haben. Nach der Größenfolge der Prozentualbeteiligung ergibt sich für die Entwicklung der einzelnen Länderanteile im Zeitraum von 1930 bis 1936 folgendes interessante Bild (Stand zum jeweiligen Jahresultimo in v. H.):

Herkunftsland	1936	1935	1934	1933	1932	1931	1930
Frankreich . . . . .	27,1	24,4	23,6	24,9	24,4	24,6	26,8
Amerika . . . . .	19,2	21,9	21,9	21,8	21,9	20,4	21,5
Deutschland . . . . .	13,8	19,5	19,8	21,5	23,4	23,7	25,0
Belgien . . . . .	12,5	11,0	10,5	9,7	10,0	11,0	9,4
Schweden . . . . .	7,2	4,5	4,5	3,9	2,8	2,1	2,8
England . . . . .	5,5	5,1	4,7	5,2	4,9	4,7	4,5
Dänemark . . . . .	3,5	3,4	3,4	4,1	3,5	4,4	3,9
Holland . . . . .	3,5	3,1	2,9	3,0	2,8	2,5	1,8
Schweden . . . . .	2,7	2,4	2,3	2,3	2,3	2,8	2,0
Tschechoslowakei . . . . .	1,6	1,4	1,4	1,3	1,3	1,3	1,1

Reichsdeutsches Kapital konnte, wie aus den Ziffern ersichtlich ist, in der Größenordnung den dritten Platz behaupten, obwohl der Prozentualanteil um nicht weniger als 6,5 v. H. gesunken ist. Dieser Rückgang steht vor allem mit der erwähnten Verringerung des deutschen Aktienbesizes in der ostoberschlesischen Schwerindustrie in Verbindung. Auch der gesunkene Anteil amerikanisches Kapitals ist in der Hauptsache auf die Aktientransaktion bei der „Interessengemeinschaft“ zurückzuführen.

Nicht minder interessant ist eine Betrachtung der Beteiligung des fremden Kapitals in den einzelnen Zweigen der Industrie und des Handels; sie gibt einen aufschlußreichen Einblick in das verschiedenartige Interesse des Auslandes an der polnischen Wirtschaft und einen Ueberblick über den Grad der Abhängigkeit derselben von ausländischen Einflüssen. Reichsdeutsches Kapital in einer Gesamthöhe von 109,9 Mill. Zl. war nach dem Stande von Anfang 1937 — ungeachtet des Verkaufes der Aktienmehrheit der „Interessengemeinschaft“ — noch mit 90 Mill. Zl. am stärksten in der Gruppe Bergbau- und Hüttenindustrie vertreten. An den Elektrizitätswerken Polens ist reichsdeutsches Kapital noch mit 50,1 Mill. und an der metallverarbeitenden Industrie mit 42,08 Mill. Zl. beteiligt. In den übrigen Industriezweigen überschreitet der deutsche Aktienanteil nirgends mehr die Summe von 10 Mill. Zloty.

Französisches Kapital tritt mit einer Gesamthöhe von 391 Mill. Zl. in 40 Gruppen auf, wobei das stärkste Engagement in der heute sehr unrentabel gewordenen Naphthaindustrie (135,9 Mill. Zl.) zu verzeichnen ist. In der Schwerindustrie stellt sich der französische Aktienbesitz auf 133,2 Mill., in der Leichtindustrie auf 67,7 Mill., in der Elektrizitätswirtschaft auf 17,8 Mill., in der chemischen und Papierindustrie auf je 10 Mill. Zl. u. a. Amerikanisches Kapital in einer Gesamthöhe von 277,2 Mill. Zl. findet sich vor allem in der Berg- und Hüttenindustrie, wo es mit 181,6 Mill. Zl. vertreten ist; weitere namhafte Beteiligungen betreffen die Naphthaindustrie (63,8 Mill.) und die Leichtindustrie (19,4 Mill. Zl.).

Das belgische Kapital stellt einen Gesamtwert von 180,9 Mill. Zl. dar und zeigt das stärkste Interesse für die polnische Elektrizitätswirtschaft, in der 76,7 Mill. Zl. platziert sind. Weitere Beteiligungen finden sich in der Schwerindustrie mit 29,2 Mill. Zloty, im Transport- und Verkehrswesen mit 27 Mill. Zl. und in der Industrie der

Steine und Erden mit 16,2 Mill. Zl. In zehn anderen Gruppen bleiben die Beteiligungssätze unter 10 Mill. Zl. Schweizerisches Kapital in einer Gesamthöhe von 104,5 Mill. Zl. verteilt sich im wesentlichen auf die Elektrizitätswerke (38,2 Mill. Zloty), die Textilindustrie (24,2 Mill. Zl.) und die chemische Industrie (13 Mill. Zl.). Englisches Kapital, von dem insgesamt 78,9 Millionen Zl. investiert sind, arbeitet in der chemischen Industrie (22,4 Mill. Zl.), Textilindustrie (16,7 Mill. Zl.) und in der Lebensmittelbranche (9,2 Mill. Zl.) u. a. Oesterreichisches Kapital in einer Gesamtsumme von 50,8 Mill. Zl. ist auf zehn verschiedene Gruppen verteilt. Der größte Betrag entfällt auf die Erdölindustrie (15,6 Mill. Zl.); ferner arbeiten 8,5 Mill. Zloty in der polnischen Textilindustrie. Schwedisches Kapital, in Höhe von 38,9 Mill. Zl. insgesamt, konzentriert sich in der Hauptsache auf zwei Gruppen, nämlich auf die elektrotechnische Industrie (22,8 Mill. Zloty) und auf die chemische Industrie (13,6 Mill. Zl.). In weiteren fünf Gruppen, wo schwedische Beteiligungen vorliegen, spielt der Kapitalanteil keine größere Rolle. Vielseitig sind die Interessen des tschechoslowakischen Kapitals, das sich auf elf verschiedene Gesellschaftsgruppen verteilt. Bemerkenswert ist nur die 8,2 Mill. Zl. betragende Beteiligung an der Elektroindustrie. Außer den erwähnten, beteiligten sich noch andere Länder mit einer Gesamtsumme von 50,5 Mill. Zl. an verschiedenen polnischen Aktienunternehmen; es handelt sich dabei um kleinere Beträge von Aktionären aus Brasilien, Dänemark, Südslawien, Lugemburg, Lettland, Palästina, Rumänien, Ungarn, Italien wie auch aus der Freien Stadt Danzig. Der Anteil keines dieser Länder übersteigt jedoch 1 v. H. Des in Polen investierten ausländischen Aktienkapitals, so daß auf ein näheres Eingehen dieser Beteiligungen verzichtet werden kann, ohne das Gesamtbild zu beeinträchtigen. Dr. P.

## Die Logik der Tatsachen gebietet . . .

Die Ergebnisse der diesjährigen Anmeldungen zu den deutschen Minderheitsschulen Ostoberschlesiens hat die polnische Presse mit triumphierender Schadenfreude zur Kenntnis genommen. Sie hat mit Beugung darauf verwiesen, daß die Zahl der deutschen Schulen besuchenden Kinder von 1922 bis 1936 von 27 932 auf 10 181, d. h. von 14,7 auf 5,2 v. H. herabgedrückt worden ist. An der Befundung dieser Schadenfreude hat sich auch die „Gazeta Polska“ beteiligt. Es ist immerhin bemerkenswert, daß sich selbst dieses amtliche Organ der polnischen Regierung nicht scheut, die unhaltbaren Behauptungen zu wiederholen, mit denen das Blatt des Wojewoden Gzazynski die deutsche Schule dieses vom Reiche losgetrennten Gebietes verfolgt, und gegen die deutsche Schule den Vorwurf des „Seelenkaufs“ erhebt. Dieser Vorwurf klingt wie ein Hohn. Die „Gazeta Polska“ behauptet, daß immer noch „ein großer Teil polnischer Kinder“ die deutsche Schule besuche (!), weil von deutscher Seite die in Ostoberschlesien herrschende Arbeitslosigkeit zum „Ankauf polnischer Kinder“ ausgenutzt werde (!). Es dürfte aber auch der „Gazeta Polska“ nicht unbekannt sein, daß sich in Ostoberschlesien alle Machtmittel der Arbeitsmarktpolitik in der Hand nationalpolnischer Elemente befinden und daß es in Ostoberschlesien kein einziges Industrieunternehmen mehr gibt, auf dessen Personalpolitik irgendwelche deutsche Faktoren noch irgendwelchen maßgeblichen Einfluß besitzen, daß also die unheilvolle Lage des ostoberschlesischen Arbeitsmarktes ein Faktor ist, der ausschließlich von polnischer Seite zum Ankauf volkstümlicher Schulkinder ausgenutzt werden kann.

Die „Gazeta Polska“ beklagt sich dann weiter darüber, daß dem wirtschaftlichen Aufschwung Deutschoberschlesiens „eine kolossale propagandistische Bedeutung“ zukomme. Sie hat damit sicherlich Recht. Aber wenn sie dann sagt, daß „es tatsächlich Fälle gibt, in denen der polnische Arbeitslose dafür, daß er sein Kind in die Minderheitsschule schickt, Arbeit in Beuthen erhält“, daß also die Beschäftigung ostoberschlesischer Arbeiter in der westoberschlesischen Industrie zu „Germanisierungszielen“ ausgenutzt werde, so ist das wiederum eine verleumderische Behauptung. Denn wenn das so wäre, dann würden die polnischen Arbeitsstellen wohl schwerlich so ungemein großen Wert darauf legen, daß möglichst viele polnische Arbeiter aus Ostoberschlesien in der westoberschlesischen Industrie eingestellt werden, da sie dann doch nach der These der „Gazeta Polska“ der Befähigung

ausgesetzt sind, ihre Kinder in deutsche Schulen schicken zu müssen, und dann wäre es zweifellos auch nicht so, daß ein sehr großer Teil der ostoberschlesischen Arbeiter, die nach Beuthen oder in andere reichsdeutsche Grenzorte auf Arbeit gehen, Leute sind, deren Kinder nach wie vor unbeanstandet polnische Schulen besuchen, anstatt, wie es nach der These der „Gazeta Polska“ der Fall sein müßte, bereits in deutsche Schulen umgeschult worden zu sein.

Man könnte, wenn auch nicht von dem Blatte des Wojewoden Grazynski, so doch wenigstens von einem Organ von dem politischen Range der „Gazeta Polska“ erwarten, daß es sich bei der Beurteilung der ostoberschlesischen Schulverhältnisse der Mühe unterzieht, ein wenig logisch zu denken. Die Logik der Tatsachen aber gebietet, zuzugestehen, daß die deutsche Schule in Ostoberschlesien praktisch gar keine Möglichkeit hat, Seelenlauf zu betreiben. Wenn es volkspolitische Kämpfe und Auseinandersetzungen im ostoberschlesischen Schulwesen gibt, dann nicht, weil die deutsche Schule etwa polnische Kinder zu sich herüberzuziehen versucht, sondern weil es die unter staatlicher Duldung der polnischen Schule ausdrücklich gestellte Aufgabe ist, die deutsche Jugend zu polonisieren, weil die polnische Schule nicht nur eine bildende Unterrichtsstätte, sondern auch eine volkspolitische Kampfstätte ist. Dieser Kampfscharakter der polnischen Schule ist durch eine Ausstellung über die Entwicklung des ostoberschlesischen Schulwesens unter Beweis gestellt worden, die im Juni d. J. aus Anlaß der 15jährigen Zugehörigkeit Ostoberschlesiens zum polnischen Staate in Königshütte veranstaltet wurde. In einem vom Ausstellungskomitee herausgegebenen Führer durch die Ausstellung ist hierüber folgendes ausgeführt worden: „Noch haben sich die in den Odertälern verstreut liegenden Aufständischengräber nicht vollständig mit Blumen und Grün bedeckt, und schon ist an die Stelle der bewaffneten Reihen die zweite Reihe der Kämpfer getreten . . . Die Waffe der schlesischen Aufständischen hat der polnischen Schule die Arbeit ermöglicht, und deshalb ist die polnische Schule eine Fortsetzung der Aufständischenidee“.

## Beispiele polnischer Minderheitenpolitik

185 Monate Arrest und Gefängnis.

Als am 5. Juni in Larnowisz 14 deutsche Jungen und Mädchen, die dem Oberschlesischen und dem Larnowischer Wanderbund angehört hatten, zu insgesamt über 100 Monaten Gefängnis verurteilt wurden, waren bereits die Vorbereitungen für einen neuen Prozeß gegen weitere 22 Angehörige der deutschen Volksgruppe im Gange. Der Prozeß fand am 7. Juli vor dem Königer Bezirksgericht statt. Es handelte sich hier um eine Gruppe 18- bis 20jähriger Jungen, die für die Zeit vom 10. April bis zum 10. Mai d. J. auf dem Gut Kensauf im Kreise Konitz zur Verrichtung von Gartenarbeiten eingestellt worden waren. Es wurde gegen sie der Vorwurf erhoben, an einem „Arbeitslager“ teilgenommen zu haben; ein als Zeuge vernommener Gendarm wollte sogar festgestellt haben, daß auf dem Gute Kensauf ein „Kursus für militärische Vorbereitung“ durchgeführt wurde, eine Feststellung, die darauf beruhte, daß er gelegentlich beobachtet hatte, wie die Jungen einmal einige gymnastische Übungen machten. Verurteilt wurden auch die beiden Besitzerinnen des Gutes, zwei über 70jährige Frauen, ferner die Jugendleiter der Deutschen Vereinigung, Armin Drosch und Gero von Bergsdorff, die unter der Anklage standen, unter den Gartenarbeitern von Kensauf „politische Schulung“ betrieben zu haben, vier Mitglieder der Deutschen Vereinigung, denen zum Vorwurf gemacht wurde, den beschäftigungslosen Jungen die Arbeit in Kensauf vermittelt zu haben, und schließlich zwei Mädchen, von denen das eine als Köchin für die Jungen angestellt war, während die Schuld des zweiten Mädchels darin bestand, der Köchin die Arbeitsstelle nachgewiesen zu haben. Die Angeklagten wurden zu insgesamt 185 Monaten Arrest und Gefängnis und zwei von ihnen, die das 17. Lebensjahr noch nicht überschritten hatten, zur Unterbringung in einer Erziehungsanstalt verurteilt.



## Tendenzurteil in Schmiegel.

Bereits drei Tage nach dem Urteil von König fand in Schmiegel ein weiterer Prozeß gegen drei jugendliche Angehörige der deutschen Volksgruppe statt. Diesem Prozeß lag folgender Tatbestand zugrunde: Am 1. Mai d. J. hatten sechs Polen einen von einer Versammlung der Jungdeutschen Partei in seinen Wohnort Kotusz heimkehrenden Deutschen hinterücks überfallen, ihn vom Fahrrad gezerzt und mit Faustschlägen geschlagen. Auf seine Hilferufe eilten zwei seiner Kameraden zu seiner Unterstützung herbei. In dem sich entspinrenden Handgemenge erhielt einer der polnischen Begelagerer eine so schwere Verletzung, daß er kurz darauf starb. In der Verhandlung vor dem Schmiegeler Bezirksgericht saßen nun die überfallenen Deutschen auf der Anklagebank, während die polnischen Angreifer als Belastungszeugen auftraten. Das Gericht verurteilte die Deutschen, ohne sich der Mühe einer Klärung der einander widersprechenden Zeugenaussagen zu unterziehen, zu Gefängnisstrafen von 10 Monaten, einem Jahr und drei Jahren. Die Polen dagegen, die durch den Ueberfall auf die Deutschen den Tod ihres Komplizen verschuldet hatten, gingen frei aus.

## Das einzige deutsche Lehrerseminar Polens geschlossen.

Auf Grund des polnischen Gesetzes über die Organisation des Schulwesens vom 11. März 1932 sind im Schuljahr 1936/37 sämtliche, bis dahin bestehenden öffentlichen und privaten Lehrerbildungsanstalten in Polen eingestellt worden, um in ein einheitliches staatliches System pädagogischer Lyzeen übergeleitet zu werden. Im Verfolg dieser Maßnahme hat auch die seit 70 Jahren bestehende deutsche Lehrerbildungsanstalt in Bielsk, die einzige Anstalt dieser Art, über die die deutsche Volksgruppe in Polen verfügte, aufgehört zu bestehen. Das mehrfache Ersuchen, diese Anstalt als pädagogisches Lyzeum bestehen zu lassen, ist vom polnischen Kultusminister kategorisch abgelehnt worden. Daraufhin hat am 28. Mai d. J. Senator Wiesner eine Intervention an den Kultusminister gerichtet, in der unter ausdrücklichem Hinweis auf das versaffungswidrige Verhalten des Ministers u. a. folgendes festgestellt wird: „Die (Bielsker) Lehrerbildungsanstalt war die einzige wirklich deutsche Anstalt im polnischen Staat, und die Errichtung eines privaten pädagogischen Lyzeums in Bielsk würde nur die Fortsetzung einer bereits segensreich wirkenden Anstalt bedeuten. Die deutsche Volksgruppe ist der Ueberzeugung, daß ohne eine wirklich deutsche Erziehung der Lehrer auch unsere deutsche Volksschule in Gefahr ist. Denn mit dem deutschen Lehrer steht und fällt die deutsche Schule. Die Ueberzeugung, daß an einer staatlichen Anstalt diese deutsche Erziehung gewährleistet ist, besitzen wie nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht. Die Verweigerung der Errichtung eines privaten pädagogischen Lyzeums mit deutscher Unterrichtssprache in Bielsk ist also gleichbedeutend mit der Verweigerung deutscher Lehrer für unsere deutschen Kinder.“ Eine Antwort auf diese Interpellation ist bisher nicht erfolgt.

## Keine Ausbildungsmöglichkeit für deutsche Kindergärtnerinnen.

Ein typisches Beispiel dafür, wie manche polnische Stellen durch Verschleppung und Irreführung die deutsche Volksgruppe zu schädigen verstehen, bietet das Verhalten des Staatlichen Seminars für Kindergärtnerinnen in Myslowitz, das nach der Auflösung des einzigen deutschen Seminars dieser Art, das früher in Bielsk bestand, zu Beginn des Schuljahres 1936/37 bekanntgegeben hatte, daß es einen deutschsprachigen Kurs für Kindergärtnerinnen einrichten werde. Die Bekanntgabe dieser Absicht war jedoch damals so spät erfolgt, daß nur 7 Meldungen rechtzeitig eingehen konnten, was die Leitung des Seminars zum Vorwand nahm, um die versprochene Eröffnung des deutschsprachigen Kurses zunächst um ein Jahr zu verschieben. Zu dem für das Schuljahr 1937/38 vorgesehenen Kurs hatten sich dann etwa 60 deutsche Mädchen gemeldet. Als nun aber am 17. Juni die Aufnahmeprüfung stattfand, stellte es sich merkwürdigerweise heraus, daß nur 22 von den etwa 60 Bewerberinnen der Termin der Prüfung mitgeteilt worden war! Nach der Prüfung ließ man die Mädchen, die z. T. von weither, aus Galizien und Pommellen, nach Mys-

lowiß gekommen waren, zunächst fünf Tage auf den Bescheid der Prüfungskommission warten, um ihnen dann endlich mitzuteilen, daß 14 von ihnen die Prüfung nicht bestanden hätten und daß die übrigen 8 am polnischen Seminar teilnehmen müßten, da für sie kein deutschsprachiger Kurs durchgeführt werden könne.

Deutsche Kinder sollen polnische Schulen existenzfähig machen.

Der „*Diennik Bydgoski*“, das maßgebende Regierungsblatt der Wojewodschaft Pommern, regte sich wieder einmal darüber auf, daß die Deutschen des Kreisesschweß, in dem es zur Zeit nur drei deutsche Volksschulen gibt, eine vierte derartige Schule zu errichten gedenken. Die Worte, die dieses amtliche Blatt findet, um seiner Erregung über diese Lausache Ausdruck zu verleihen, sind für die durchaus negative Einstellung der polnischen Kreise zu den Lebensrechten der deutschen Volksgruppe so bezeichnend, daß sie hier wiedergegeben zu werden verdienen: „Auf die Nachricht, daß die Deutschen die Genehmigung zum Bau einer eigenen Schule erhalten haben, entstand in der polnischen Bevölkerung der ganzen Umgebung eine starke Empörung. . . Es fanden Protestkundgebungen statt, die von der Ortsgruppe des polnischen Westverbandes organisiert wurden. . . Und es wurden auch Delegationen zu den zuständigen Stellen entsandt.“ Und dann wird weiter geklagt: „In der Nachbarschaft der polnischen Schulen, wie z. B. in dem Kreis Schweß, ist es üblich, daß die Deutschen die Existenz der polnischen Schulen sowohl in Waldau wie in der Umgebung untergraben, da die Kinder deutscher Nationalität aus den Schulen herausgenommen werden dürften. Die Zahl der Kinder wird in den polnischen Schulen zurückgehen und diese Schulen werden nicht mehr existenzfähig sein.“ Das polnische Blatt gibt also ausdrücklich zu, daß die im Kreise Schweß bestehenden polnischen Schulen ihre Existenz im wesentlichen den deutschen Kindern verdanken, die gezwungen sind, wegen des herrschenden Mangels an deutschen Schulen diese volksfremden Lehranstalten zu besuchen. Und das Blatt scheint es für ganz selbstverständlich zu halten, daß deutsche Kinder zu nichts anderem da sind, als polnische Schulen existenzfähig zu erhalten, und daß es gewissermaßen der Ausdruck eines polenfeindlichen Willens ist, wenn die Deutschen das selbstverständliche Verlangen haben, ihre Kinder von deutschen Lehrern in deutscher Sprache und in deutschem Geiste unterrichten zu lassen.

## Regierung und Jugend in Polen

Es ist dem polnischen Regierungslager, das sich nach dem Namen des Marschalls Pilsudski benennt, trotz wiederholter Versuche niemals gelungen, in ein engeres Verhältnis zur Masse der polnischen Jugend zu kommen. Die „Region der Jungen“, die vor allem auf akademischen Boden als ein organisatorisches Gegengewicht gegen die rechtstoppositionellen Jugendverbände gedacht war, hat die Erwartungen, die auf sie als „Regierungsjugend“ gesetzt worden waren, enttäuscht. Und noch im Mai d. J. hat Oberst Koc die Jugendfrage als eines der schwierigsten politisch-staatlichen Probleme Polens bezeichnet und die Erfolglosigkeit der Bemühungen des von ihm ins Leben gerufenen „Lagers der nationalen Einigung“, die Jugend zu gewinnen, zugeben müssen. Kurz darauf aber begann das Regierungslager von neuem das Ringen um die polnische Jugend. Den Auftakt zu dieser Aktion bildete am 18. Mai die Teilnahme des Marschalls Rydz-Śmigły an einem feierlichen Kommers einiger angesehenen studentischer Korporationen. Dieser Besuch des Marschalls wurde mit Recht als eine Geste der politischen Verständigungsbereitschaft des Regierungslagers gegenüber der studierenden Jugend bezeichnet. Ein besonderer Erfolg aber scheint diesem Appell an „die dynamische Kraft, die Begeisterung und das Temperament“ der jungen polnischen Intelligenz nicht beschieden gewesen zu sein. Die nationalistischen Organisationen der Studentenschaft haben zu erkennen gegeben, daß sie

dem Heerführer Rydz-Śmigły zu folgen bereit sind, daß sie den Politiker dieses Namens aber ablehnen müssen.

Einige Wochen darauf fanden dann kurz hintereinander drei bedeutsame Kundgebungen statt, auf denen das Regierungslager sein Verhältnis zur Jugend klarzustellen und auszubauen versuchte. In Lemberg trat am 16. Juni die „Jarzewie“ zu einer Tagung zusammen. Auf ihr war das Regierungslager u. a. durch den stellvertretenden Ministerpräsidenten Kwiatkowski, den Bekehrungsminister Oberst Ulrich und den Präsidenten des Verbandes der Vaterlandswerteidiger General Górecki vertreten. In den Entschlüssen, die auf der Tagung gefaßt wurden, stellte sich der Verband im Prinzip hinter die Deklaration des Obersten Koc. In einigen ihrer, die Innenpolitik betreffenden Forderungen aber ging die „Jarzewie“ über die vom Obersten Koc verkündeten Grundsätze hinaus, so wenn sie die Aenderung der Wahlordnung und die Wiederherstellung der kommunalen Selbstverwaltung, damit also eine Forderung des autonomen Kurzes und eine Redemokratisierung des öffentlichen Lebens verlangte. Die „Jarzewie“ (d. h. „Blut“) ist eine Organisation, die auf eine etwa 30jährige Tradition zurückblicken kann. Sie beruht sich durch ihre grundsätzlich demokratisch-parlamentarische Einstellung nach rechts mit den gemäßigten endekischen und nach links mit den bäuerlich-volksparteilichen Kreisen sowie mit den verschiedenen kleineren Gruppen, die unter dem Sammelbegriff der „Front von Morgen“ zusammengefaßt worden sind.

Drei Tage nach dieser Lemberger Tagung marschierte in Warschau der „Verband des jungen Dorfes“, eine angeblich etwa 100 000 Mitglieder zählende Organisation der bäuerlichen Jugend, zu einer Kundgebung auf. Unter den Gästen befanden sich Marschall Rydz-Śmigły, Ministerpräsident Ślawoj Śkladkowski und die Minister Koscialkowski, Poniatowski, Grabowski und Kasprzycki. Auf dem rechten Flügel des Regierungslagers ist diese Organisation nicht allzu beliebt. Sie steht dort im Verdacht sozialradikaler, wenn nicht agrarrevolutionärer und kirchengegenerischer Tendenzen. Sie ist die jugendliche Expositur der auf dem linken Flügel des Regierungslagers stehenden, einflußreichen politischen Kreise, der sogenannten „Verbesserer“, zu denen u. a. der Wejsowode Strajnski und der Landwirtschaftsminister Poniatowski gehören. An Zahl und Aktivität steht der „Verband des jungen Dorfes“ hinter den „Wici“, den jungbäuerlichen Organisationen der Volkspartei, erheblich zurück.

Am 22. Juni wurde vom Obersten Koc, dem Gründer und Leiter des „Lagers der nationalen Einigung“ unter dem Namen „Das Junge Polen“ eine dritte Organisation für die der Regierung nahestehende Jugend ins Leben gerufen. Oberst Koc entwickelte in einer über alle polnischen Sender verbreiteten Rede das naturgemäß eng an die Grundsätze des „Lagers der nationalen Einigung“ angelehnte politische Programm des neuen Verbandes. Als neues Moment kam nur hinzu, daß die junge Generation neben dem um die Unabhängigkeit Polens verdienten Soldaten als zweiter, die Zukunft und die Größe Polens tragender Faktor“ anerkannt wurde.

An diesen neuerlichen Bemühungen der polnischen Regierung um die Jugend fällt vor allem eines auf: daß sie an drei Stellen und mittels dreier Organisationen zu gleicher Zeit erfolgen. Es ist an sich denkbar, daß die Absicht besteht, durch dieses getrennte Vorgehen die ideenverwandten, gemäßigteren Kreise sowohl der rechten wie der linken Opposition zunächst einmal mit Hilfe der „Jarzewie“ und des „Verbandes des jungen Dorfes“ politisch zu akklimatisieren, um sie dann später in der eigentlichen Regierungsjugend, dem Verbands des Obersten Koc, zusammenzufassen. Wahrscheinlicher ist aber, daß in dem getrennten Vorgehen das Bestreben der verschiedenen, im Regierungslager vereinigten politischen Richtungen zum Ausdruck kommt, sich ihre eigenen, auf ihre spezielle politische Ideologie festgelegten Jugendorganisationen zu sichern. Wenn das so ist, dann hat es sich bei den Kundgebungen vom 16., 19. und 22. Juni um Aktionen gehandelt, die nicht aus Gründen der politischen Taktik, sondern aus Gründen der politischen Konkurrenz getrennt von einander durchgeführt worden sind. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Aktionen auf die polnische Jugend auswirken werden, die in ihrer Masse nach wie vor in den oppositionellen Lagern auf der Rechten und der Linken verharret.

# Die politische Lage in Danzig

Seit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus am 20. Juni 1933 hat sich die innerpolitische Struktur der Freien Stadt Danzig von Grund auf geändert. Die wiederholten Einmischungsversuche des Völkerbundes haben die Entwicklung zur unbedingten Alleinherrschaft des Nationalsozialismus nicht aufzuhalten vermocht. Die oppositionellen Parteien sind gerade an der Hilfe, die sie in Auf gesucht und gefunden haben, gescheitert. Die marxistischen Parteien sind praktisch erliebt. Die Deutschnationale Partei hat durch die Selbstauflösung die einzig mögliche Folgerung aus der durch die Abberufung Sean Lesfers geschaffenen Lage gezogen. So ist von den alten Parteiresten nur noch das Zentrum vorhanden, das sich in der Hoffnung auf fremde Hilfe in aussichtslosen Rückzuggefechten gegen den Nationalsozialismus erschöpft. Im Danziger Volkstag haben sich die Reihen der Opposition durch die Flucht ins Ausland und durch den Uebertritt zur nationalsozialistischen Bewegung gelichtet. Am 5. Mai d. J. hat der Volkstag mit  $\frac{2}{3}$ -Mehrheit die Verlängerung des Ermächtigungsgesetzes für die Regierung beschlossen. Der Kampf um die Macht in Danzig hat mit der Zerfallung der oppositionellen Parteien und mit dem stillschweigenden Verzicht des Völkerbundes auf weitere Einmischungsversuche in die innerpolitischen Angelegenheiten des Staates geendet.

Dieser Sieg der nationalsozialistischen Idee in Danzig verdient vor allem deshalb Beachtung, weil er unter ausgesprochen ungünstigen wirtschaftlichen Begleiterscheinungen hat erklämpft werden müssen. Die Freie Stadt Danzig hat an dem wirtschaftlichen Aufschwung des Deutschen Reiches nicht oder doch nur mittelbar teilnehmen können. Daran wird sie durch die Kompliziertheit ihrer in Versailles begründeten Rechtsstellung gehindert. Der Danziger Eigenhandel ist infolge der feindseligen Wirtschaftspolitik des polnischen Staates fast völlig zum Erliegen gekommen. Der Güterumschlag im Danziger Hafen hat 1929 fast 1 493 Mill. Floty und 1933 nur noch etwas über 408 Mill. Floty betragen; er ist 1936 auf etwa 377 Mill. Floty zusammengechrumpft. In den gleichen Jahren aber ist der Güterumschlag im Obinger Hafen von 134 über 536 auf 948 Mill. Floty gestiegen. Der Wert des seetwärtigen Außenhandels ist in Danzig in der Zeit von 1929 bis 1936 also auf etwa ein Viertel zusammengechrumpft, in Obingen dagegen um etwa das Siebenfache gestiegen. Vor zwei Jahren hat Danzig seine Währung abwerten müssen. Diese Maßnahme hat einen Rückgang des Lebenshaltungsstandes um etwa 30 v. H. gegenüber 1933 zur Folge gehabt. Es ist weiter ein rigoroses Sparprogramm unvermeidlich gewesen, in dessen Gefolge die öffentlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen haben eingeschränkt werden müssen. In den letzten Jahren sind insgesamt etwa 30 000 Danziger, Pensionäre und Arbeitsuchende, teils für dauernd, teils für vorübergehend ins Reich abgewandert. Das hat auf der einen Seite einen empfindlichen Konsumausfall und eine bevölkerungspolitische Schwächung Danzigs zur Folge gehabt, auf der anderen Seite aber die Befundung der Danziger Finanzen gefördert und zu einer nachhaltigen Entlastung des Danziger Arbeitsmarktes geführt. Von den über 30 000 Arbeitslosen, die 1933 in Danzig vorhanden waren, sind zur Zeit nur noch etwa 4 600, zum großen Teil wegen Ueberalterung, Krankheit usw. nicht mehr voll einsatzfähige Arbeitslose übriggeblieben, so daß man die Arbeitslosigkeit in Danzig als praktisch überwunden ansehen kann.

Seit der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus hat der Völkerbund keine Gelegenheit mehr gehabt, die Rolle eines „Schiedsrichters“ in den zwischen Danzig und Polen schwebenden Streitfragen zu spielen. Die wichtigsten dieser Fragen hat die nationalsozialistische Regierung auf dem Wege direkter Verhandlungen mit Polen vertraglich zu regeln versucht. Von einer endgültigen Beruhigung der deutsch-polnischen Beziehungen auf dem Danziger Abschnitt ist allerdings nicht die Rede. Dem eindeutigen deutschen Charakter der Freien Stadt steht das imperialistische Machtstreben des polnischen Staates entgegen, das seinen Ausdruck in einem zähen Ringen um die Ausweitung der sogenannten polnischen Rechte in Danzig und in einer systematischen volkspolitischen Wählerarbeit der polnischen Organisationen und Ämterstellen

auf Danziger Staatsgebiet findet. Und auf welchem Schleichwegen Polen Danzig gegenüber zum Ziele zu kommen versucht, das hat der ehemalige diplomatische Vertreter Polens in Danzig, Dr. Straßburger, in seiner vor einiger Zeit erschienenen Kampfschrift mit folgenden Sätzen verraten: „Danzig ist die Frage Polens. Danzig ist ein Eigenbegriff und gehört auf Grund seiner Vertragsgrundlagen eher zu Polen als zu Deutschland. Es gibt keine Danziger Bevölkerung, die zur deutschen Nation gehört, sondern es gibt ‚Danziger Menschen‘, wie es ‚österreichische Menschen‘ gibt“. Die Ereignisse der letzten Jahre haben wohl zur Genüge bewiesen, daß Rechtskonstruktionen der Art, wie sie Straßburger zur Grundlage seiner Bewertung der Danziger Frage zu machen versucht, nicht imstande sind, die Dynamik der völkischen Kräfte zu hemmen und daß das politische Bekenntnis einer Bevölkerung von der Kraft völkerbewegender Ideen, nicht aber von den Klauseln eines juristischen Systems abhängig ist.

## „Lietuvos Aidas“ kritisiert „Ostland“

Das litauische Regierungsbblatt „Lietuvos Aidas“ hat sich in seiner Nummer vom 20. Mai mit der Besprechung auseinandergesetzt, die das „Ostland“ (Nr. 9/1937) der Schrift des amerikanischen Gelehrten Dr. Kalijarvi „Die Entstehung und rechtliche Natur des Memelstatuts“ gewidmet hatte. Es lohnt sich nicht, sich mit den Versuchen des Kauener Blattes, geschichtliche und gegenwärtige Tatsachen zu leugnen, im Einzelnen zu befassen. Nur auf einige Sätze, die aus grundsätzlichen Erwägungen heraus von deutscher Seite nicht unwiderrprochen bleiben dürfen, soll im folgenden kurz eingegangen werden. Denn diese Sätze sind darauf berechnet, den rechtlichen Charakter des Memelstatuts zu verschleiern. Es wird da die Ansicht vertreten, daß die Autonomie des Memelgebietes nicht auf einem internationalen Vertrage beruhe, sondern durch einen einseitigen Akt der gesetzgebenden Körperschaft Litauens konstituiert worden sei. Es wird behauptet, daß das Memelstatut „ein freier Willensakt Litauens“ sei, in dem dieses den Umfang der Rechte, die es einem autonomen Teil seines Staatsgebietes zu gewähren bereit gewesen sei, festgesetzt habe.

Es fällt nicht schwer, zu erkennen, wohin derartige Behauptungen zielen: Wenn es nämlich tatsächlich so wäre, wie der „Lietuvos Aidas“ behauptet, dann ergäbe sich logischerweise daraus, daß die gesetzgebenden Faktoren Litauens die Autonomie des Memelgebietes durch einen einfachen Rechtsakt auch von sich aus wieder außer Kraft setzen könnten, ohne irgendwelche internationale Komplikationen befürchten zu müssen. Aber schon die einfache Tatsache, daß das bisher nicht geschehen ist, daß die litauische Regierung vielmehr seit 1924 allen Echarfsinn ihrer Juristen anbietet, um die Signatarmächte und das Haager Schiedsgericht glauben zu machen, daß die Bestimmungen des Memelstatuts von ihr niemals verletzt worden seien, sollte eigentlich genügen, die Behauptungen des litauischen Regierungsbblattes als völlig verfehlt erscheinen zu lassen. Die Art, in der die litauische Regierung die Memelfrage vor dem internationalen Forum behandelt, zeigt, daß sie selber weit davon entfernt ist, das Memelstatut für das Produkt eines freien litauischen Willensaktes zu halten, und daß sie selber keine Möglichkeit sieht, den international verbindlichen Rechtscharakter dieses Statutes zu leugnen.

Es trifft keineswegs zu, daß das Memelstatut ein freier litauischer Willensakt ist. Seitens der litauischen Regierung ist zwar am 7. Mai 1923 eine Autonomieerklärung veröffentlicht worden. Diese Erklärung hat jedoch keinerlei rechtliche Wirkung gehabt. Schon aus dem einfachen Grunde nicht, weil das Memelgebiet damals überhaupt noch kein Bestandteil Litauens war. In dieser Beziehung sei noch einmal an den Davis-Bericht vom 12. März 1924 erinnert, in dem es u. a. heißt, daß „der Uebergang der Souveränität automatisch zurückgestellt bleibt, bis der Vertrag (d. h. die Memelkonvention einschließlich des Memelstatutes) von allen Parteien durch Ratifizierung vollzogen sein wird“. Im Mai 1923, als die genannte Autonomieerklärung erfolgte, ist die litauische Regierung also noch gar nicht in der Lage gewesen, dem Memelgebiet irgendwelche Rechte, wie z. B. das der Autonomie, zu verleihen. Und es ist unter diesen Umständen auch sinnlos, wenn der „Lietuvos

Litauen" in seinem zitierten Artikel erklärt, Litauen habe durch seinen Willensakt seine Souveränitätsrechte in keiner Weise beschränkt. Denn wo einer keine Rechte hat, kann er auch auf keine Rechte verzichten.

Ist die litauische Autonomieerklärung rechtlich belanglos geblieben, so hat sie politisch doch in zweifacher Hinsicht eine gewisse, wenn auch nur theoretische Bedeutung gehabt. Erstens insofern, als die litauische Regierung durch die Abgabe dieser Erklärung die von Großlitauen grundsätzlich verschiedene völkische Struktur des Memelgebietes sichtbar und ausdrücklich anerkannt hat; zweitens insofern, als die litauische Regierung gehofft hat, die Botschafterkonferenz durch eine solche Erklärung von der Absicht, eine internationale Garantie der memelländischen Autonomie zu errichten, abbringen zu können. Diese Hoffnung ist aber nicht in Erfüllung gegangen. Wie Poincaré am 9. Mai 1923 den Vertretern der alliierten Mächte in Kauen mitgeteilt hat, hat die Botschafterkonferenz die litauische Erklärung als „null und nichtig“ betrachtet. Und in dem gleichen Sinne hat auch der italienische Vertreter in Lettland den litauischen Geschäftsträger in Riga am 12. Mai unterrichtet.

Es steht also fest, daß das Memelstatut nicht die Folge einer einseitigen litauischen Willensäußerung ist. Es enthält vielmehr, als ein wesentlicher Teil eines internationalen Vertrages, nämlich der Memelkonvention, die Litauen auferlegte und von diesem anerkannte Verpflichtung, dem Memelgebiet in dem vertraglich festgelegten Rahmen die Autonomie zu erhalten. Die Anerkennung dieser Verpflichtung ist die Voraussetzung dafür gewesen, daß Litauen die Souveränität über das Memelgebiet zuerkannt worden ist. Litauen ist nicht in der Lage, sich durch einen einseitigen Akt von dieser Verpflichtung zu lösen.

## Ostland-Chronik

### Grenzrevisionspropaganda

Aus Anlaß der Einweihung des Freiheitshügels bei Pietar, die am 20. Juni, dem 15. Jahrestag des Einmarsches der polnischen Truppen in Ostpreußen, stattfand, ließ sich das Organ des ostpreussischen Ausländischenverbandes, „Postkämmerer“, u. a. folgendermaßen vernehmen: „Wir stehen auf dem Gipfel des Freiheitshügels und schauen mit Trauer und Leid auf den unbefreiten Teil Schlesiens. Der Freiheitshügel möge für unsere Brüder jenseits der Grenze ein Beweis dafür sein, daß wir wachsam sind und sie nicht vergessen. Der Tag der Befreiung wird auch für sie kommen. . . . Der Freiheitshügel zeugt von unserem Offenherzigkeit. Er soll das Symbol unseres Wirkens, unserer Wünsche und Taten sein. . . . Leider ist unsere polnische Westgrenze blutend, weil wir seinerzeit noch zu schwach waren, um das zurückzuholen, was uns berechtigt gehört, um die Grenzpfähle hinter die Oder zu stecken und sie an den Sudeten zu befestigen.“

Das Warschauer „ABC“, das Organ der nationalradikalen Partei, äußerte sich in seiner Nr. 203 vom 29. Juni d. J. über die polnische Meerespolitik u. a. in folgender Weise: „Dort, nach dem Norden, ist heute die Hauptlinie der polnischen Expansion gerichtet. Dort, am Ufer der Ostsee, müssen die Grundlagen der polnischen Macht aufgebaut werden. Gerade heute, an dem in ganz Polen gefeierten Tage des Meeres, konzentrieren sich die Gedanken aller Polen auf das Meeresproblem, . . . träumen sie von kommenden Triumpfen, die unsere Position im Norden begründen werden. Das Problem der Ostsee ist vor allem das Problem der Weichsel, also das Problem Danzigs. Ohne Danzig hat Polen in Wirklichkeit keinen Zugang zur Ostsee. . . . Aber das Problem der Ostsee ist ein wesentlich größeres Problem: Es ist das Problem Litauens, wo wir die Vernichtung des jahrelang verfolgten und gedrückten Punktes nicht zulassen können. Der Standpunkt des polnischen Staates muß scharf kompromisslos sein. Litauen ist das natürliche Gebiet der

polnischen kulturellen und wirtschaftlichen Expansion. . . Das Problem der Ostsee ist das Problem Ostpreußens. Die heutige deutsch-polnische Grenze ist hier eine Zufallsercheinung. Ostpreußen ist seiner Natur nach ein geographisch zu Polen gehörendes Gebiet (!). Das ganze polnische Volk ist der Ansicht, daß wir ohne die Lösung der ostpreußischen Frage kaum festen Fuß an der Ostsee fassen können. Das Problem der Ostsee bezieht sich auf die Zusammenarbeit mit allen baltischen Staaten, wie Schweden, Finnland, Dänemark, Estland und Lettland. Die Zusammenarbeit aller dieser Staaten, heißt es zum Schluß, sei dazu bestimmt, zu verbinden, daß Deutschland oder Rußland die Vorherrschaft in der Ostsee gewinnen.

Wenn die hier vorgetragenen Auffassungen den Vorstellungen entsprechen, die die polnische Regierung von Oberschlesien und Ostpreußen hat, dann müßten derartige Artikel als polnische Gewaltandrohung aufgefaßt werden. Aber auch wenn die Regierung anders darüber denkt, bleibt zu bedenken, daß der „Powstaniec“ das Organ eines Verbandes ist, der sich der weitestgehenden Fürsorge des Wojewoden Gęsgoski erfreut und zum Regierungslager gehört, und daß auch das „ABC“ das Blatt einer politischen Gruppe ist, um deren Wohlwollen sich das Regierungslager bemüht. Vor allem aber zwingt die Tatsache, daß die Veröffentlichungen derartiger Artikel in der polnischen Presse gestattet ist, zu der Erkenntnis, daß die polnische Regierung es daran fehlen läßt, den von ihr mit dem Deutschen Reiche geschlossenen Verträgen innerhalb ihres Staates den notwendigen Respekt zu verschaffen.

### Ein armer Irreer war in Königsberg

Wenn nachstehend ein Artikel eines Warschauer Rechtsblattes auszugsweise zitiert wird, so geschieht das aus einer gewissen Schadenfreude heraus, die man als deutscher Journalist über die Dummheit gewisser polnischer „Kollegen“ empfindet. In dem Artikel erzählt einer dieser Leute davon, was er in Königsberg erlebt haben will: „Ich bin in Königsberg. Die Stadt macht einen abstoßenden, düsteren Eindruck, als wenn ihr Sonne und Freude fehlten. Ringsumher drückt das Preußentum den neuen Stadtteilen seinen Stempel auf. Man hört die deutsche Sprache. Wo

ist das frühere Gesicht Königsbergs, das fröhliche polnische (!) Gesicht? Von der früheren prachtvollen Vergangenheit sprechen die alten Stadtteile mit ihrer Schönheit und ihrem Reiz. Die alten Speicher am Pregel träumen ähnlich wie die Danziger an der Weichsel von alten Zeiten. Der Dom, das Schloß, die Reste der Befestigungsanlagen und alten Straßen rufen längst vergangene Bilder zum Leben. Es scheint, als ob sich in diesen Gassen die polnische Schlachta (!) drängt, die einst zu Handelszwecken immer diese Stadt besuchte, als ob unter dieser hiesigen und zugereisten Bevölkerung die Laute unserer Sprache ertönen (!). Aber die strenge Wirklichkeit weckt uns unbarmherzig aus diesem schönen Traum. . . Wie anders atmet man in diesen Stadtteilen mit ihrer brutalen und materialistischen Neuzeitlichkeit, Strenge und Banalität (!). Bedrückten Herzen sieht man, wie sich in Königsberg, dem einstigen Zentrum des polnischen Lebens (!), das Deutschtum breit macht.“ So zu lesen im „ABC“, Nr. 122 vom 19. April 1937! Es ist vielleicht nicht überflüssig hinzuzufügen, daß das „ABC“ eine nationalradikale Tageszeitung und kein Wochenblatt ist.

### Volksbundesheim in Lipine geschlossen

Wieder haben die polnischen Behörden in Ostoberschlesien ein deutsches Jugendheim geschlossen, das Heim in Lipine, das der Volksbund für den „Deutschen Jugendverein Lipine“ gemietet hatte. Man muß sich hierbei daran erinnern, daß diese Heime für die zum weitaus größten Teil arbeitslose deutsche Jugend weit mehr als nur Stätten gelegentlicher Zusammenkünfte bedeuten, daß diese Heime vielmehr dazu bestimmt sind, die unbefähigte Jugend von der Straße und aus den Gastwirtschaften fernzuhalten, daß sie also nicht nur eine nationale, sondern in noch höherem Maße eine soziale Aufgabe erfüllen. Den deutschen Jugendvereinen wird durch die Schließung ihrer Heime nicht nur eine Heimstätte genommen, sondern die Möglichkeit einer Betätigung schlechthin unterbunden; denn Zusammenkünfte im Freien werden polizeilich verfolgt, und die Raummiete in Gasthäusern scheitert fast stets entweder an der Höhe der polnischen Verbände oder an der Armut der Mitglieder der deutschen Jugendvereine. So ist auch die Schließung der deutschen Jugendheime eines der zahlreichen Mittel, die die polnischen Behörden zur Schwächung der deutschen Jugendbewegung anwenden.

## Polen und die deutschen Kolonien

Beim diesjährigen „Fest des Meeres“, das am 11. Juli in Anwesenheit des polnischen Staatspräsidenten stattfand, schloß einer der offiziellen Redner seine Ansprache mit den Worten: „Wir rufen es laut in alle Welt: Wir wollen Kolonien!“ Es ist bei diesem Wunsch nach Kolonien verständlich, daß man in Polen mit gespanntem Interesse die deutschen Aktionen in der Kolonialfrage verfolgt. Polen ist der Meinung, an deren Erfolg ein doppeltes Interesse zu haben. Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß Polen keineswegs aus purer Begeisterung für einen Sieg der internationalen Gerechtigkeit Deutschland auf seinem Wege in die Kolonien mit seinen Segenswünschen begleitet. Sein Interesse an dieser Frage beruht auf einer sehr egoistischen Spekulation. Polen hofft, bei einem Wiedereintreten Deutschlands in den Kreis der Kolonialmächte „miteinfeigen“ zu können. Man bedenke nun folgendes: Der Führer hat in seiner letzten Reichstagsrede gesagt, daß die deutsche Kolonialforderung nur an diejenigen Mächte gerichtet ist, die den früheren deutschen Kolonialbesitz unter sich aufgeteilt haben. Es ist selbst im günstigsten Falle nicht damit zu rechnen, daß diese Mächte jemals zugeben werden, daß auch andere als frühere deutsche Kolonialgebiete als einer Neuverteilung unterliegend angesehen werden. Das aber bedeutet, daß Polen, sofern es an die Erwerbung übersierischer Besitzes denkt, darauf spekuliert, die Westmächte dazu veranlassen zu können, ihm einen Teil des ehemals deutschen Besitzes zu übereignen. Man wird zugeben müssen, daß ein solches Verfahren, wenn es wirklich einmal eingeschlagen werden sollte, in bezug auf das deutsch-polnische Verhältnis eine Fortsetzung der Versailler Politik darstellen würde. Es gibt nichts, was vernünftigerweise angeführt werden könnte, um dem deutschen Volke ein solches Verfahren als vom Standpunkte der internationalen Moral und der nationalen Ehre tragbar erscheinen zu lassen. Deutschland verlangt seinen Besitz nicht zurück, um ihn an einen Staat, dem es nicht das geringste zu danken hat, weiterzugeben. Wenn polnischerseits die deutsche Kolonialforderung anerkannt wird, so geschieht das weiter auch deshalb, weil dort erwartet wird, daß sich ein im Besitze übersierischer Gebiete befindliches Deutschland weniger intensiv mit den Ostfragen beschäftigen oder sich gar ganz vom Osten abwenden werde. In Polen gibt man sich offenbar gern mit einem erleich-

terten Aufatmen decartigen Ueberlegungen hin. Es bedarf kaum eines Hinweises darauf, daß Deutschland aus den Fehlern seiner Vorkriegspolitik zu viel gelernt hat, um sie noch einmal zu begehen.

## Lobis gegen „Lobis“

Einen Fall grotesker Rechtsprechung hat sich das Warschauer Bezirksgericht kürzlich geleistet. Seit einer ganzen Reihe von Jahren ist die Bezeichnung „Lobis“ als Name einer deutschen Filmgesellschaft bekannt, nicht nur in Deutschland, sondern auch in allen andern Ländern der Welt. In Warschau gibt es nun einen aus Galizien stammenden Mann, der auf den Namen Janusz Lobis hört. Und dieser Mann scheint auf den Gedanken gekommen zu sein, daß die deutsche Filmgesellschaft die Absicht gehabt haben könnte, Mißbrauch mit seinem Namen zu treiben. Jedensfalls hat er gegen die Lobis-Klangfilm Gmb.H. einen Prozeß angestrengt mit dem Ziel, der deutschen Gesellschaft in Polen den Gebrauch des Namens Lobis verbieten zu lassen. Und das Warschauer Gericht hat tatsächlich dem Antrag des Klägers stattgegeben und bis zur Rechtsgültigkeit des Urteils eine entsprechende einstweilige Verfügung erlassen, die der Gesellschaft in Polen den Gebrauch ihres Namens verbietet. Das Warschauer Appellationsgericht hat dem Versuch des galizischen Lobis, sich mit Hilfe seines Namens in die große Politik einzuschmuggeln, allerdings durch die Aufhebung der einstweiligen Verfügung vorläufig ein Ende gemacht. Wenn sich nun noch ein Kazimierz Ulsa, ein Wladyslaw Hapag und einige andere Polen mit ähnlichen Namen finden, die sich gleichfalls mit den aus verschiedenen Worten zusammengesetzten deutschen Firmenbezeichnungen decken, dann könnte sich daraus schließlich noch ein dankbares Objekt für eine neue Aktion des polnischen Westverbandes ergeben.

## Das polnische Winterhilfswerk

Im Winterhalbjahr 1936/37 ist in Polen zum ersten Mal ein allgemeines Winterhilfswerk durchgeführt worden. Bis dahin hat man die Unterstützungskaktion lediglich aus öffentlichen Mitteln bestreiten; nur hier und da hat es daneben auch private Einrichtungen gegeben, die aus ihren Sammlungen aber nur geringe Beträge zu dem Hilfswerk beizusteuern vermochten. Die Methoden des Winterhilfswerks 1936/37 haben in vielem dem deut-



sehen Vorbild geglichen. Der Erfolg läßt sich allerdings mit dem des deutschen Werkes in keiner Weise vergleichen, wobei noch zu bedenken ist, daß der polnische Staat zu gleicher Zeit seine eigenen Unterstützungen wesentlich eingeschränkt hat. Es hat sich bei den Ergebnissen des Winterhilfswertes also nicht um eine zusätzliche Unterstützung für die Arbeitslosen gehandelt. Durch die fünfmonatigen Sammlungen sind in ganz Polen 32,7 Millionen Zloty aufgebracht worden, z. T. in bar, z. T. in Waren. Auf den Kopf der Bevölkerung sind demnach monatlich an Spenden knapp 0,20 Zloty (= 0,09 RM.) entfallen. Von einer besonderen Opferfreudigkeit ist also wenig zu spüren gewesen. Die Organisation, die viel zu spät, erst im Oktober, in Angriff genommen wurde, hat nicht richtig geklappt; die Durchführung ist stark bürokratisch gewesen, und die Hilfsbedürftigen haben z. T. bis in den Februar hinein auf die ihnen zugedachten Unterstützungen warten müssen. Zum großen Teil sind die Mittel durch Besteuerung der Arbeiter, Angestellten und Beamten, teilweise auch durch monatliche Strafsammlungen aufgebracht worden. Als ein Fehlschlag hat sich die nach der Größe der Wohnungen gestaffelte freiwillige Abgabe der Wohnungsinhaber erwiesen. Nicht viel besser ist das Ergebnis der freiwilligen Abgaben der Handwerksbetriebe, der Handelsunternehmungen und der freien Berufe gewesen; diese haben z. B. in der Wojewodschaft Schlesien nur 14,82, bzw. 18,15 bzw. 22,64 v. H. der veranschlagten Beträge erbracht. Nach den Angaben des Ministeriums für soziale Fürsorge haben in ganz Polen von den gesammelten 32,7 Millionen Zloty 1,8 Millionen Menschen (einschließlich der Familienmitglieder) Unterstützung erhalten. Das ergibt eine durchschnittliche monatliche Unterstützungssumme pro Kopf von 3,60 Zloty (= 1,70 RM.).

### Der polnische Pavillon

Der Krakauer „Mustr. Kurjer Codz.“ setzte sich kürzlich sehr kritisch mit der Beteiligung Polens an der Pariser Weltausstellung auseinander. Das Blatt meinte, daß die verantwortlichen polnischen Stellen bei der Ausführung und Ausstattung des polnischen Pavillons zu knauserig gewesen seien, da sie nur 2 Millionen Zloty aufgewandt hätten, während das „arme“ Deutschland hierfür 50 Millionen Zloty bereitgestellt habe. Der Artikel schloß

mit folgenden Sätzen: „Wie sieht es in Wahrheit damit, daß der polnische Pavillon zu den schönsten gehören und die Welt in Erstaunen setzen werde? Wenn er in Erstaunen versetzt, dann höchstens im negativen Sinne. Der polnische Bau, neben dem deutschen Monumentalbau, sieht armfelig und blamabel aus, und selbst wenn er ein architektonisches Kunstwerk wäre, müßte er bei dem Kontrast ein ironisches Lächeln hervorgerufen. Der polnische Pavillon, der nach dem offiziellen Kommunikat die Welt in Erstaunen versetzen sollte, sieht wie ein schlechter Anbaude des deutschen Pavillon aus.“ — Der polnische Pavillon wurde am 10. Juni eröffnet.

### Polnische Besuche

In Berlin trafen am 2. Juli 20 polnische Marinepfadfinder ein. Sie wurden von Vertretern des Grenz- und Auslandsamtes der Reichsjugendführung empfangen. Bei diesem Besuch handelt es sich um eine der Gruppenfahrten polnischer Pfadfinder, die auf Grund einer Vereinbarung mit der Hitlerjugend erfolgen. — Am 5. Juli kamen 50 polnische Parlamentarier, Sejm- und Senatsmitglieder, nach Berlin, unter ihnen der deutsche Senator Hasbach. Sie wurden von Vertretern des Reichsnährstandes, des Propagandaministeriums, der Dienststelle des Vörschafters von Ribbentrop und des (Deutsch-) Polnischen Institutes empfangen. Sie unternahmen eine einwöchige Studienreise durch das Deutsche Reich, um deutsche landwirtschaftliche Einrichtungen kennen zu lernen. — Für die polnischen Delegierten zum Kongreß der Internationalen Handelskammer fand am 2. Juli auf Einladung des Präsidenten der Deutschen Handelskammer für Polen, Frh. von Gregory, ein Empfang im Berliner Auslandsklub statt, an dem von deutscher Seite Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, der Reichswirtschaftskammer, des Reichsernährungsministeriums, des Auswärtigen Amtes und der Dienststelle des Vörschafters von Ribbentrop teilnahmen. — Eine Gruppe von 30 Studenten der Posener Handelshochschule legte am Denkmal Poniatowski in Leipzig Kränze und Blumen nieder. Dabei legte sie im Namen der akademischen Jugend Posens einen „Treuerschwur für die Ideale des polnischen Staates und für die polnische Ehre“ ab.

# Bücher über den Osten

Die Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Westberchlesien nach der Teilung. Von Hans-Otto von Borcke. Volk und Reich Verlag, Berlin 1937. 160 Seiten. Preis 4,50 RM. — Die Arbeit gibt einen klaren Ueberblick über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der beim Deutschen Reich verbliebenen Teile Oberschlesiens. Die Darstellung reißt, was die Bewertung der statistischen Unterlagen anlangt, bis zum Jahre 1935. Sie beginnt mit einer knappen Zusammenfassung der Grenzzerreißungsschäden, die trotz aller Gegen- und Hilfsmaßnahmen ein fortwährendes Hindernis für die westberchlesische Wirtschafts- und Sozialentwicklung darstellen. Dann wird zunächst die Entwicklung der bevölkerungspolitischen Verhältnisse geschildert; sie steht im Zeichen einer rasch zunehmenden Verstärkung, beträchtlicher Verschiebungen in der beruflichen und sozialen Gliederung, einer hohen Geburtenziffer und starken Wanderungsbewegung. Ein weiterer Abschnitt ist der Untersuchung der natürlichen Grundlagen der Wirtschaft, des Bodens, der Naturschätze und der Verkehrsbedingungen gewidmet. Diese Untersuchung ergibt eine lebhaftere Siedlungstätigkeit, eine erhebliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge, einen bemerkenswerten Aufschwung der Kohlenförderung, der Rallerzeugung und der Zementindustrie und eine verhältnismäßig günstige Entwicklung in der Zinkindustrie, dagegen eine katastrophale Lage der Eisenindustrie, weiter eine beträchtliche Zunahme der handwerklichen Betriebe und ein ständiges Steigen des Handels und Verkehrs. Der wachsende Wohlstand des Landes geht aus den in den letzten Jahren stark ansteigenden Gesamtsteuereinziffern und dem Rückgang der Steuerrückstände hervor. Das Gesundheits- und Wohlfahrtswesen ist wirksam ausgebaut worden. Die Auslockerung der überfüllten Arbeiterwohnviertel des Industriegebietes ist in vollem Gange. Das Volkswirtschaftswesen ist auf breiter Grundlage im weiteren Ausbau und der Reallohn der Arbeiterschaft in langsamem, aber stetigem Aufstieg begriffen. Im Ganzen entwirft das Buch das Bild eines kräftigen und hartnäckigen Aufbaumwillens des oberberchlesischen Grenzlandes, das sich in wirtschaftlicher Hinsicht, vor allem seit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus, sehr vorteilhaft von dem der polnischen Herrschaft unterstellten Landesteil unterscheidet. Dabei ist natürlich nicht zu übersehen, daß dieses durch die Grenzzerreißung schwer in Mitleidenschaft gezogene Land in der Befundung seiner wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse bisher noch nicht auf allen Gebieten dem Entwicklungstempo anderer Teile des Reiches in vollem Umfang hat folgen können, daß sich vor allem die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit in Oberschlesien langsamer als im Reichsdurchschnitt vollzieht, daß der große Kinderreichtum der Arbeiterschaft besondere soziale Probleme

aufwirft, daß die Ueberfüllung des Industriezentrums der Arbeitersiedlungsweisen noch große Aufgaben stellt usw. Dr. K.

Der Feldzug im Baltikum bis zur zweiten Einnahme von Riga. 2. Band der Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps. Herausgegeben von der Forschungsstelle für Kriegs- und Heeresgeschichte im Auftrag des Reichskriegsministeriums. 159 Seiten. Mit 12 Karten und Skizzen und 19 Abbildungen. Verlag E. S. Mittler und Sohn, Berlin 1937. Die Ereignisse, die Graf von der Golz, Major Bischoff und August Winnig vor allem von ihrer politischen Seite und u. a. Erich Edwin Dvinger und Siegfried von Begeack vom Gesichtspunkt des persönlichen Erlebtes dargestellt haben, sind hier sachlich und klar von der militärischen Seite her behandelt worden. Das Politische tritt hier zurück, bildet aber den naturgemäß immer wieder zum Vorschein kommenden Hintergrund, auf dem sich die Kämpfe der deutschen Truppen abspielten, die als letzte das deutsche Schicksal außerhalb der Grenzen des Reiches hoffen werden zu können. Die Kühnheit und Unternehmungslust, die diese reichsdeutschen und deutschbaltischen Freiwilligen bei ihrem Vormarsch auf Mitau und bei ihrem Angriff auf Riga bewiesen haben, heben sich leuchtend ab von dem kläglichen Verlagen der englischen und französischen Truppen, die um die gleiche Zeit im nördlichen und südlichen Rußland gegen den Bolschewismus eingeleitet wurden. Mit der Einnahme von Riga, mit der der vorliegende Band schließt, war ein gewisser Abschluß und Höhepunkt des deutschen Baltikumunternehmens erreicht und ein Erfolg erzielt, der militärische, aber auf Seiten der Entente vor allem auch politische Gegenkräfte mobilisierte, die bald darauf zu dem tragischen Ende des Unternehmens führen sollten. Diese Wendung wird in einem weiteren Bande dargestellt werden. Dr. K.

Uns tief Polen. Deutsches Schicksal an Weichsel und Warthe. Von Hans R. W i e j e. K. Voigtländers Verlag, Leipzig 1937. 242 Seiten. — Der Verfasser dieser Schrift hat die Absicht gehabt, ein volkstümlich gehaltenes und auch für die Jugend brauchbares Buch über die deutsche Leistung in Polen zu schaffen. Das ist nicht völlig gelungen. Es soll nicht viel auf sachliche Fehler eingegangen werden, die dem Verfasser unterlaufen sind, wenn er z. B. die Stawken- und Sachsenkaiser miteinander verwechselt, die vorgelegten Fragen ziemlich unklar behandelt, von einer Erweiterung der „polnischen Grenzen“ durch Mieszko bis an die Ostsee spricht, Ortenamen vertauscht usw. Solche Dinge sind peinlich, aber schließlich nicht entscheidend. Man vermischt etwas anderes an diesem Buch, das übrigens manche

wertvolle geschichtliche Gedankengänge gut und brauchbar herausstellt; man vermisst die geschlossene und schamvolle Durchführung des großen, leitenden Gedankens, der im Titel „Uns tief Polen!“ ausgedrückt worden ist. Das Buch ist kein einheitlicher Wurf. Es bemagt ausgiebig das Werk von Kurt Lüd, „Deutsche Aufbaukräfte in der Entfaltung Polens“, aber es beschränkt sich im wesentlichen darauf, interessante Einzelheiten aneinanderzureihen. Und mitunter werden neben Jitate wissenschaftlichen Wertes unvermittelt phantastisch ausschmückende Schilderungen gestellt. Vor allem in den letzten Kapiteln, die die gegenwärtige Lage des Deutschtums in Polen behandeln, verliert der Verfasser den Leitgedanken seines Themas und verläuft sich in zu viel Einzelheiten, die für das Ganze nur von geringem Belang sind. Um auch diesen Teil in den großen geschichtlichen Zusammenhang oder wenn man so sagen will: in die „Geheimnishaftigkeit des deutsch-polnischen Rhythmus“ hineinzustellen, wäre es z. B. notwendig gewesen, die gegenwärtige Periode der Deutschenverdrängung in Polen mit ähnlichen Perioden früherer Jahrhunderte nach Ursache, Methode und Wirkung in Parallele zu stellen. Das hat der Verfasser aber weder in diesem Falle noch in anderen Fällen, in denen es sinnvoll gewesen wäre, getan. So bleibt sein Buch, das im Einzelnen viel wertvolle Tatsachen und sehr geschickte Betrachtungen enthält, eine aus einzelnen Teilen nur lose zusammengelegte Arbeit, ohne etwas Ganzes und etwas Neues zu werden, etwas, das den Eindruck sorgfältiger Durcharbeitung des weitestgehenden Stoffes und überlegener Sachkenntnis erweckt. Das ist zu bedauern.

Dr. R.

**Das Deutschtum in der Wojewodschaft Schlesien.** Herausgegeben und bearbeitet von Viktor Kauder. Verlag Günther Wolff, Plauen i. V. 1937. 140 Seiten. Preis kart. 4,50 RM, Leinen 5,50 RM. — Das vorliegende Buch ist der erste Teil eines auf fünf Teile berechneten Bildwerkes über das Deutschtum in Polen. Das Werk verspricht, nach dem ersten vorliegenden Teil zu urteilen, eine bisher bestehende, immer wieder empfindlich fühlbare Lücke in der Deutschtumsliteratur auszufüllen. Den Bildern ist eine kurze Einleitung vorangestellt, die in gedrängter Form die wesentlichsten Tatsachen über das Deutschtum der Wojewodschaft Schlesien verzeichnet. Jedem der fast 100 Bilder ist in wenigen Sätzen ein knapper Text beigegeben, der auf die Beziehung des im Bilde Gezeigten zum deutschen Volkstum verweist. Die Bilder selbst geben einen guten Querschnitt durch die geschichtliche, vor allem, aber nicht nur aus wirtschaftlichem Gebiet liegende Leistung des Deutschtums in diesem Lande. Sie legen Zeugnis ab vom völkischen Behauptungswillen der Deutschen, aber auch von ihrer Not in der Gegenwart. Sie zeigen Schulen und andere Mittelpunkte der deutschen Volksgruppe, Kirchen, Kunstwerke und andere Zeugnisse deutschen Kulturschaffens, Industriewerke und andere Beweise deutscher Arbeitstätigkeit. Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den Arbeiter-

gemeinden und den Bauerndörfern lassen sich aus den Bildern erkennen. Die Wirtschaft in ihrer natürlichen und durch die Wirtschaft geschaffenen Vielartigkeit wird gezeigt und schließlich auch der deutsche Mensch dieses Landes. Auf sehr vieles, was nur den wenigsten im Reich bekannt sein mag, wird durch die Bilder und die beigegebenen Texte aufmerksam gemacht, z. B. darauf, daß der Vater des Philosophen Schleiermacher und Kuhlberg, der Begründer der oberschlesischen Zinkhüttenindustrie, in dem deutsch- evangelischen Dorfe Anhalt in Hohenerschlesien begraben sind, daß der Bildhauer August Riß aus Promnitz im Kreise Pless stammt, daß der schwäbische Arzt Julius Roger während der Hunger- und Typhusjahre das Julius-Krankenhaus in Kpnitz ins Leben gerufen und als erster Volkslieder in oberschlesischer Mundart gesammelt und veröffentlicht hat, und vieles andere mehr.

Dr. R.

**Dornfelds Oheonik.** Von Fritz Seefeldt. Verlag Günther Wolff, Plauen i. V. 1936. Band 7 der Schriftenreihe „Deutsche Bau im Osten“. 304 Seiten. — Der Verfasser, Pfarrer Seefeldt, der zwei Jahrzehnte hindurch in Dornfeld als Geistlicher gemerkt hat, hat in dieser wertvollen Arbeit eine zusammenfassende Darstellung des Schicksals der vielen evangelischen Gemeinden des Dornfelds Kirchspiels gegeben. In lebhafter, abwechselungsreicher Schilderung rollen die 160 Jahre deutschen Kolonistenlebens in Ohsalagen ab, von der Zeit, da die ersten pfälzischen Auswanderer in das damals wüste und verödete Land kamen, bis zum Wiederaufbau der Kolonien nach dem Weltkrieg. Der Verfasser hat für seine Arbeit die aus dem Krieg zum Teil geretteten Akten der Kolonien und die im Lemberger Staatsarchiv liegenden Dokumente verwertet. Er hat sich, obwohl er von Hause aus Reichdeutscher (Holssteiner) ist, so völlig in das Wesen des galizischen Kolonistenlebens eingelebt, daß seine Darstellung bei aller Sachlichkeit die Note persönlichen Mitlebens und innerer Verbundenheit mit dem Schicksal des galizischen Deutschtums trägt. Die Arbeit ist siedlungs- geschichtlich und volkstümlich wertvoll. Auffallend ist der umfangreiche Dokumentenanhang, der u. a. die Namen der deutschen Kolonisten enthält. Dr. R.

**Das Memelland.** Schicksal eines deutschen Grenzlandes. Von Wilhelm Groelüsch. Heft 12 der Beiträge zur praktischen Volksschularbeit. Verlagsbuchhandlung Julius Klinckschardt, Leipzig 1937. 56 Seiten. Preis 1,40 RM. — Man kann sagen, daß dieser Versuch, das Schicksal eines entristenen Grenzlandes als Unterrichtsstoff für die Volksschule zu gestalten, gelungen ist. Seiner Zweckbestimmung entsprechend ist die Schrift nicht mit Wissensstoff überladen. Ueber das Geschichtliche und Landes- und Volkstümliche ist das Notwendigste gesagt. Im übrigen wird zur Veranschaulichung des Memellandes und seiner Menschen auf Auszüge aus den Schriften von Agnes Miegel, Ernst Wichert, Hermann Sudermann u. a. zurückgegriffen. Ausführlicher werden dann die Ereignisse während der ersten

Nachkriegszeit und unter der litauischen Gewalt herrschaft geschildert. Es werden einige Blicke in die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes, in den Saal des Kauener Kriegesgerichts und in das Justizhaus von Mariampol geworfen, in dem Mitte 1935 der deutsche Lehrer Schürmann als Märtyrer des Memellandes starb. Einige Kartenfiguren erläutern den Text.

**Wanderungen um Meseřitz** und in Nachbargebieten der Kreise Schwernin, Bomst und Ostpreußen. Herausgegeben vom Landesverkehrsverband Mittlere Ostmark. Bearbeitet von Dr. R. E. H. e. r. h. a. r. d. t. Mit Beiträgen von Marie Matthias u. a. Verlag Krowiński und Sohn, Frankfurt (Oder) 1936. 128 Seiten mit mehreren Karten und 70 Bildern. Preis 0,80 RM. — Es ist ein immer noch wenig bekanntes Gebiet, zu dessen Erkundung diese gut ausgestattete Schrift einladet. In ansprechender Weise sind in ihr Landschaftsbeschreibung, Wanderungsanweisung, geschichtlicher Bericht und Bild mit einander vereint. Mehrere Sonderbeiträge, z. B. über die Verkehrsverhältnisse der Reichsbahn im Grenzgebiet, über grenzmärkische Orts- und Flurnamen, über die dörfliche Holzbankunst im Kreise Meseřitz, verdienen Beachtung. Das Ganze ist mehr als ein bloßes Reise- und Wanderbuch. Es ist eine Schrift, in der das Gesicht einer grenzmärkischen Landschaft, die reich an stiller Schönheit ist und durchaus nicht abseits des großen geschichtlichen Geschehens liegt, wie in einem Spiegel erscheint. Es lohnt sich, auch dann in dieser Schrift zu blättern, wenn man nicht gerade die Absicht hat, in das Meseřitzer Grenzland zu fahren. Dr. R.

**Masuren.** Ein Wegweiser durch das Land der tausend Seen. Herausgegeben von Bruno Hoffmann. Verlag Gräfe und Unzer, Königsberg/Pr. 1937. 412 Seiten, 16 Bildtafeln, drei Kartenfiguren und eine Uebersichtskarte. — Der handliche Wegweiser will nicht nur Anweisungen für Fahrten und Wanderungen geben, sondern den Besuchern Masurens alles Wesentliche über das Land und seine Menschen mitteilen. Es enthält er eine gut gelungene Landschaftsbildung und einen Auszug der erdgeschichtlichen Entstehung des masurenischen Landschaftsbildes. Ein weiterer Beitrag führt durch die Städte und Dörfer Masurens, hebt das Typische und Bemerkenswerte dieser Siedlungsanlagen hervor. Der Charakter Masurens als einer politischen und oft umkämpften Landschaft wird in einem Beitrag, der über die Schlachtfelder und Heldenfriedhöfe führt, betont. Und der Geschichtsschreiber Masurens, Hermann Gollub, hat der Schrift einen längeren, aufschlußreichen Beitrag über die Geschichte, vor allem die Siedlungsgeschichte dieses deutschen Grenzlandes zur Verfügung gestellt. Für den Naturfreund sind zwei weitere Beiträge über die Pflanzenwelt und die

Tierwelt Masurens bestimmt. In einem abschließenden Beitrag wird über die schönsten der zahlreichen Wasserwanderwege des Landes der tausend Seen berichtet. Eingestreut sind Sonderberichte über einzelne Städte wie Angerburg, Johannisburg, Löben, Eph, Nibolaiten, Sensburg, Ortelburg und Treuburg. Dr. R.

**Die tschechische Lage.** Volk und Reich Heft 6/1937. 72 Seiten. — Das vorliegende Heft befaßt sich in einer Reihe von Beiträgen mit den Denkschriften, die von tschechischer Seite im Jahre 1919 den Pariser Diktationskonferenzen vorgelegt wurden und in denen die tschechischen Politiker ihre Gebietsforderungen aufgestellt und „begründet“ haben. Es ist notwendig, daß sich die deutsche und darüber hinaus die internationale Öffentlichkeit sehr eingehend mit diesen eigenartigen Denkschriften befaßt. Sie sind in ihrer Verlogenheit und Unmüßigkeit das Spiegelbild der tschechischen Seele. In einer von ihnen finden sich das aus der tiefsten Ueberzeugung eines jeden Tschechen stammende Bekenntnis zum ewigen Kampf gegen den Deutschen als dem letzten Sinn der tschechischen Geschichte. In der vorliegenden Schrift werden Inhalt und Geist der Memoires in zwei Beiträgen (Grazian und Fischer) behandelt. Mit kritischen Bemerkungen versehen wird der wesentliche Inhalt des Memoire III wiedergegeben, das in völlig verlogener Form die sudetendeutsche Frage behandelt (Karl Viererb). Die wehrpolitischen Gedanken, die u. a. die Forderung nach dem Ratiobere Gebiet, dem Glatzer Kessel und einigen strategischen Grenzverschiebungen gegen Sachsen, Böhmen und Oesterreich in sich schlossen, werden zusammengefaßt (Oskar von Niedermaner). Ein weiterer Beitrag berichtet über eine nicht verwirklichte Gebietsforderung der Tschechen, den burgenländischen Korridor, der die Tschecho-Slowakei mit Südslawien verbinden und Oesterreich von Ungarn trennen sollte (Karl E. von Loef). Es ist ferner die Rede von den tschechischen Plänen einer Politisierung der mitteleuropäischen Verkehrswege, durch die die Tschechen ihren Staat in das Zentrum des europäischen Verkehrsnetzes zu rücken und das Interesse der deutschfeindlichen Mächte an der Aufrechterhaltung ihrer staatlichen Existenz zu steigern hofften (Friedrich Maurenbrecher). Die Reihe der Beiträge schließt mit einer Gegenüberstellung der Memoires und der tschechischen Verfassung (Hermann Kaschhofer). Das Heft enthält eine Anzahl instruktiver Kartenfiguren, die zum Teil den tschechischen Denkschriften selber entnommen, zum Teil zur Veranschaulichung der dort vertretenen Gedanken gezeichnet worden sind. Der reichhaltige Bildteil gibt Reproduktionen aus einigen Memoires und typisch deutsche Landschafts- und Städtebilder aus dem sudetendeutschen Siedlungsgebiet; dazu einige Bilder vom spanischen Krieg. Dr. R.

Verlag Dr. Friedrich Cramer, Berlin W 31, Landwehr. 23. — Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Reber, Berlin-Friedrichsberg, Allee 2. — Druck: Buchdruckerei Gumb., Berlin-Neukölln, Falkstraße 1. — Verantwortlich für den Anzeigen: Kurt Gump, Berlin W 15. — Einzelpreis monatlich 10 Pfennig. Vollpreis vierteljährlich RM. 0,90. Einzelnummer RM. 0,20 und RM. 0,35 Holzgeb. — Anzeigenpreisliste 4. — J. v. D. W. — Alle Zeitungen sind an den Bund Deutsche Osten, Berlin W 30, Poststr. 66 (Telefon 250014) zu richten.